

# Konzernverantwortung – Marktfeindlichkeit in immer neuem Gewand



TIMO RAGER • Juli 2019

## Zusammenfassung

- Nach der Überzeugung diverser Organisationen und Hilfswerke sind die sozialen und ökologischen Probleme in Entwicklungsländern vor allem auf eines zurückzuführen: gewissenlose internationale Unternehmen aus den Industrienationen. Als Gegenmassnahme wird gefordert, dass Unternehmen auch im Lande ihres Hauptsitzes, also beispielsweise in der Schweiz, auf Schadenersatz verklagt werden können, wenn sie oder ihre Tochterunternehmen an einem x-beliebigen Ort der Welt gegen dort nicht geltende Regulierungen verstossen haben.
- Dieser Vorschlag ist problematisch: Die tatsächlichen Bedürfnisse der Menschen vor Ort würden nicht mehr im Vordergrund stehen, und nicht zuletzt würden die neuen Regeln und Befugnisse auch neue Möglichkeiten schaffen für Betrug, Kungelei und Bestechung.
- Zudem begünstigt man lediglich die nicht-westliche Konkurrenz, wenn man europäische Unternehmen durch regulatorische Auflagen von den entsprechenden Märkten verdrängt. Es ist wenig plausibel, dass nicht-westliche Konzerne sorgsamer mit Menschen und Natur umgehen.
- Ohne die technischen und finanziellen Möglichkeiten der Konzerne sähe es für Arbeiter und Umwelt vermutlich weitaus düsterer aus. Ein Vergleich mit den hochriskanten und ineffizienten Abbaumethoden kleingewerblicher Schürfer legt dies im Falle des Bergbaus jedenfalls nahe.
- Im Interesse eines möglichst hohen Nutzens sollten Konzerne die Freiheit haben, die Prioritäten auch bei Sozial- und Umweltmassnahmen selber festzulegen. Die verfügbaren Ressourcen können so in konkrete Verbesserungen investiert werden und nicht in umfangreiche Dokumentationen zur Selbstdarstellung und zur rechtlichen Absicherung.

**N**ach der Überzeugung zahlloser Organisationen, die sich der Gerechtigkeit verschrieben haben, sind die sozialen und ökologischen Probleme in Entwicklungsländern vor allem auf eines zurückzuführen: gewissenlose internationale Unternehmen aus den Industrienationen. Zu verantworten hätten diese unter anderem Umweltverschmutzung und Landraub im Zusammenhang mit der Gewinnung von Rohstoffen, Kinderarbeit, sowie Gesundheitsschäden durch den Verkauf von Produkten, die hierzulande schon nicht mehr zugelassen sind.

Als Gegenmassnahme wird gefordert, dass Unternehmen auch im Lande ihres Hauptsitzes, also beispielsweise in der Schweiz, auf Schadenersatz verklagt werden können, wenn sie oder ihre Tochterunternehmen an einem x-beliebigen Ort der Welt gegen Menschenrechte oder internationale Umweltstandards verstossen haben. Weil die direkt Betroffenen kaum je den Weg vor die ausländischen Gerichte finden würden, fiel den sogenannten Nichtregierungsorganisationen die Aufgabe zu, sie zu vertreten. Ein Schelm, wer dabei an Eigeninteressen denkt.

Aus Sicht der Verfechter solcher Massnahmen braucht es diesen Druck, weil die alleinige Gewinnorientierung zu einem Wettlauf nach unten bei den Sozial- und Umweltstandards führe. Doch Angst zu haben brauche man wegen des internationalen Klagerechtes nicht. Zum einen richte sich die Massnahme ja nur gegen die schwarzen Schafe unter den Konzernen. Zum anderen zahle sich die Einhaltung der Standards längerfristig auch ökonomisch aus.

Mit anderen Worten: Die Befürworter einer grenzüberschreitenden Gerichtsbarkeit für Konzerne helfen den Unternehmen dabei, erfolgreich zu sein, weil sie besser als deren Manager verstanden haben, was es dazu braucht. Die richtige, auch wirtschaftlich erfolgreiche Prioritätensetzung soll nach ihrer Vorstellung in Zukunft vom Gesetzgeber (und natürlich ihnen selbst) vorgegeben werden. Die Verantwortung dafür, wenn sich der wirtschaftliche Erfolg doch nicht einstellt, übernehmen die Promotoren freilich nicht. Wären sie sich ihrer Sache wirklich so sicher, hätten sie eine glaubwürdigere Alternative zu ihren Gesetzesvorstössen: Sie könnten neue Unternehmen gründen, die den ökonomischen Vorteil hoher Sozial- und Umweltstandards konsequent nutzen und die irrlichternden etablierten Konzerne ins Abseits drängen. Dass man mit dem richtigen Geschäftsmodell selbst als Kleinstunternehmen die Grossen das Fürchten lehren kann, hat dereinst ausgerechnet der Gründer des vielgeschmähten Rohstoffkonzerns Glencore, Marc Rich, bewiesen.<sup>1</sup>

## Privatunternehmen als Sündenböcke

Auf Markt und Wettbewerb zu setzen, würde dem Selbstverständnis der Trägerorganisationen entsprechender Vorstösse aber wohl allzu sehr zuwiderlaufen. Prominent vertreten sind dort – wie so oft bei Drittweltthemen – die kirchlichen Hilfswerke

<sup>1</sup> Daniel Ammann: *King of Oil. Marc Rich – Vom mächtigsten Rohstoffhändler der Welt zum Gejagten der USA*, Orell Füssli: Zürich 2010

Brot für alle und Fastenopfer, die eine lange Tradition der Marktfeindlichkeit vorweisen können. Bereits 1993, keine vier Jahre nach dem wirtschaftlichen und moralischen Zusammenbruch des Ostblocks, erklärten sie afrikanische Traditionen zum Vorbild für einen «modernen Sozialismus», der ebenso wie der alte weder Privateigentum noch ein Mehrparteiensystem kennt.<sup>2</sup> Einige Jahre später druckten sie ein Zitat des DDR-Satirikers Wolfgang Mocker als Tagesmotto ab: «Die freie Marktwirtschaft ist die Fortsetzung der Diktatur – aber mit wesentlich mehr Mitteln»<sup>3</sup>, und meinten dies ganz offensichtlich bitterernst.

Im Jahre 2011 folgte dann eine Fastenkampagne, die sich ganz dem Thema Bodenschätze widmete und insbesondere den Konzern Glencore ausgiebig ins Visier nahm. Anhand diverser Beispiele wurde aufgezeigt, wie die Aktivitäten der Rohstoffmultis die Menschen systematisch ihrer Lebensgrundlage berauben. Doch auch dann, wenn sich die Konzerne zurückziehen, lüden sie Schuld auf sich: Als eine Kupfermine im südafrikanischen Namabeep schloss, sei die gesamte Infrastruktur des Ortes zusammengebrochen, da diese durch die Mine finanziert worden war.<sup>4</sup> Ganz egal also, was sie tun oder nicht tun, Privatunternehmen richten immer Schaden an.

Einen Teil des Problems, warum die lokale Bevölkerung zu wenig von den Rohstoffen des eigenen Landes profitiert, identifizieren die Hilfswerke darin, dass die internationalen Konzerne nicht genügend Steuern an die korrupten Regierungen vor Ort abführen. Eine offensichtlich kuriose Argumentation, aber ganz im Sinne der Grundüberzeugung, dass nur der Staat es richten kann – und sei er noch so dysfunktional.

## Kunden- oder Politikbedürfnisse?

Wenig spricht dafür, dass dieses Bild auch nur annähernd der Realität entspricht und die Bilanz der Tätigkeit internationaler Konzerne in Entwicklungsländern tatsächlich derart negativ ausfällt, wie es die Verfechter einer erweiterten Konzernverantwortung behaupten. Ohne die technischen und finanziellen Möglichkeiten der Konzerne sähe es für Arbeiter und Umwelt vermutlich weitaus düsterer aus. Ein Vergleich mit den hochriskanten und ineffizienten Abbaumethoden kleingewerblicher Schürfer legt dies im Falle des Bergbaus jedenfalls nahe.

Reichlich verzerrt ist auch die Vorstellung, dass die Erzeugnisse der Entwicklungsländer allein den Bedürfnissen der Industriestaaten dienen. Als Beleg werden gerne Mobiltelefone angeführt, deren Herstellung Rohstoffe aus Afrika benötigt. Tatsächlich hat die Mobiltelefonie Afrika mindestens so sehr revolutioniert wie die Industriestaaten.<sup>5</sup>

<sup>2</sup> Matthias O. Ezioba: *Palaver ist mehr als Palaver*, Fastenagenda von Brot für alle und Fastenopfer 1993: «Es gibt weder Privateigentum noch im eigentlichen Sinn des Wortes Besitz. [...] Schwarzafrika hat also seit Generationen vorgelebt, was die fortschrittliche europäische Gesellschaft bewegt: einen modernen Sozialismus – eine «pluralistische Einheit». Das Mehrparteiensystem ist nicht einfach gleichbedeutend mit Demokratie!»

<sup>3</sup> Fastenagenda von Brot für alle und Fastenopfer 2007

<sup>4</sup> Fastenagenda von Brot für alle und Fastenopfer 2011

<sup>5</sup> June Arunga: Austausch auf Augenhöhe, in Christian Hoffmann, Pierre Bessard (Hrsg.): *Das Ende der Armut – Chancen einer globalen Marktwirtschaft*, Edition Liberales Institut: Zürich 2012.

Die Erwartungen der Verfechter neuer gesetzlicher Regelungen sind zweifellos hoch. Man möchte Moral auf dem Verordnungswege erzwingen, Missstände wären gleichsam per Dekret aus der Welt geschafft, und man könnte wieder sorglos einkaufen, denn der Staat und die Hilfsorganisationen würden darüber wachen, dass alles aus sozial- und umweltverträglichen Quellen stammt.

Doch so einfach ist es mit Sicherheit nicht. Sollten zusätzliche Regeln kommen, werden die Konzerne zwar bemüht sein, den Erwartungen der neuen Wächter über Recht und Ordnung zu entsprechen, um keine Klagen zu riskieren. Auch werden sie noch mehr Dokumentationsaufwand betreiben, um sich mit Sorgfaltsnachweisen abzusichern. Doch die tatsächlichen Bedürfnisse der Menschen vor Ort würden bei alledem nicht im Vordergrund stehen, und nicht zuletzt würden die neuen Regeln und Befugnisse auch neue Möglichkeiten schaffen für Betrug, Kungelei und Bestechung. Spätestens seit den jüngsten Skandalen bei Oxfam<sup>6</sup> und WWF<sup>7</sup> müsste jedem klar sein, dass es auch bei Wohltätigkeitsorganisationen nicht zwingend hochmoralisch zugeht.

Zum anderen sollte man nicht vergessen, dass Unternehmen ihre Existenzberechtigung aus der Befriedigung von Kundenbedürfnissen ziehen. Erschwert man westlichen Unternehmen durch immer neue Auflagen das Geschäft, begünstigt das zwangsläufig deren Konkurrenz. Was wäre damit gewonnen? Russische und insbesondere chinesische (Staats-)Konzerne drängen schon seit geraumer Zeit in Entwicklungsländer, um sich den Zugang zu Rohstoffen zu sichern. Neben wirtschaftlichen Interessen spielen dabei geopolitische Ambitionen der jeweiligen Regierungen eine erhebliche Rolle.

Es ist wenig plausibel, dass russische oder chinesische Konzerne sorgsamer mit Menschen und Natur umgehen, als dies westliche Unternehmen tun. Doch das Urteil von Verfechtern zusätzlicher Vorschriften für westliche Konzerne fällt überraschend milde aus. Chinesische Unternehmen seien sich durchaus bewusst, dass man den Beschäftigten etwas bieten muss. Sie engagierten sich zudem stark in Infrastrukturprojekten der betreffenden Länder. Die eigentliche Sorge der Befürworter neuer Gesetze ist offenkundig das Gefühl eines Kontrollverlusts, wenn es um private Unternehmen geht. Stehen Unternehmen hingegen unter staatlicher Aufsicht, und sei es nur die einer korrupten Einparteien-Diktatur, beruhigt das augenscheinlich die Gemüter.

---

<sup>6</sup> Sean O'Neill: *How the Oxfam sex scandal unfolded*, The Times, 16.02.2018; Dominik Feusi: *Oxfam-Millionen fließen weiter*, Basler Zeitung, 19.02.2018

<sup>7</sup> Andreas Wysling: *Zu Tode geprügelt wegen eines Nashorns – der WWF hat ein Problem*, Neue Zürcher Zeitung, 06.03.2019; Janis Fahrländer, Marcus Engert: *Die Missstände waren dem WWF-Hauptquartier in Zürich bekannt*, SRF, 07.03.2019

## Vom Mehrwert freiwilliger Handlungen

Ein Verzicht auf neue Kontroll- und Sanktionierungsmöglichkeiten soll keineswegs zum Ziel haben, die Konzerne dazu zu ermuntern, sich im internationalen Wettbewerb mit immer tieferen Standards zu unterbieten. Vielmehr geht es um den Mehrwert freiwillig getroffener Massnahmen und gegen eine Monopolisierung der Moral durch Hilfswerke. Die Unternehmensleitungen kennen die vielfältigen Anforderungen an ihr Unternehmen sehr viel besser als jeder Aussenstehende. Im Interesse eines möglichst hohen Nutzens sollten sie daher die Freiheit haben, die Prioritäten auch bei Sozial- und Umweltmassnahmen nach betriebswirtschaftlichen und technischen Kriterien selber festzulegen. Zum anderen sollten die verfügbaren Ressourcen so gut wie möglich in konkrete Verbesserungen investiert werden und nicht in umfangreiche Dokumentationen zur Selbstdarstellung und zur rechtlichen Absicherung.

Den Abnehmern der Produkte – und letztlich den Endkunden – bliebe die Entscheidung vorbehalten, ob sie die Massnahmen der Produzenten überzeugen. Hilfswerke wie Brot für alle und Fastenopfer hätten wie bisher alle Freiheit, ihre Sicht der Dinge zur Meinungsbildung beizusteuern oder mit Auszeichnungen wie dem Max Havelaar-Label eigene Akzente zu setzen. Eine weitere, wenn auch bescheidene, Möglichkeit zur Einflussnahme auf die Firmenpolitik besteht bei börsenkotierten (also insbesondere westlichen) Unternehmen über die Beteiligung als Aktionär.

## Bessere Alternativen

Die wirklichen Ursachen der Probleme der Entwicklungsländer werden bei den Forderungen nach mehr Konzernverantwortung einmal mehr ausgeklammert – oder in das Ergebnis äusserer Einflüsse umgedeutet: die desaströsen politischen Rahmenbedingungen in vielen Ländern, schlechte Regierungsführung, Vetternwirtschaft, unrechtmässige Bereicherung, Korruption und fehlende Rechtssicherheit insbesondere in Bezug auf Eigentum.<sup>8</sup> All dies macht es sowohl für Einheimische als auch für ausländische Firmen vergleichsweise unattraktiv, unternehmerisch aktiv zu werden, und lässt denen, die es doch tun, aufgrund fehlender Konkurrenz entsprechend viel Spielraum.

So haben Arbeitssuchende oft kaum eine Auswahl zwischen verschiedenen Arbeitgebern, was sie abhängiger macht von den Konditionen, die ihnen die wenigen Anbieter offerieren. Nicht diejenigen Firmen, die in Entwicklungsländern investieren, sind also das Problem, sondern all diejenigen, die es – aus nachvollziehbaren Gründen – nicht tun.<sup>9</sup> Vor diesem Hintergrund sollte das Engagement unabhängiger, privatwirtschaftlicher Unternehmen in Entwicklungsländern nicht als Gefahr, sondern als Chance gesehen werden, staatlicher Misswirtschaft ein Korrektiv entgegenzusetzen.

<sup>8</sup> Zu den Folgen eines fehlenden Eigentumsschutzes sei auf den peruanischen Ökonomen Hernando de Soto verwiesen, dessen Thesen z.B. dargelegt sind in: Alexander Busch: *Wie Kapitalismus gegen Terror hilft*, Neue Zürcher Zeitung, 21.4.2015

<sup>9</sup> Siehe hierzu auch Rahim Taghizadegan: *Wirtschaft wirklich verstehen*, Finanzbuch Verlag: München 2011, S. 100: «Dabei vergessen viele Mahner geflissentlich, dass sie selbst die niedrigsten Löhne bezahlen: nämlich gar keine.»

Wenn Politik und Hilfsorganisationen es für geboten halten, auf die Verhältnisse in den Entwicklungsländern Einfluss zu nehmen, dann sollten sie dies auf der Ebene der politischen Rahmenbedingungen tun. Ergänzend und unterstützend dazu könnten sie sich auch hierzulande für marktwirtschaftliche Reformen zugunsten der Entwicklungsländer einsetzen, wie etwa für eine weitere Liberalisierung des Welthandels, den Abbau von Subventionen oder für eine solide Geld- und Finanzpolitik. Entsprechende Empfehlungen hat schon vor über zwei Jahrzehnten der Theologe und Sozialwissenschaftler Franz Furger vorgelegt.<sup>10</sup> Auch aus christlicher Perspektive gibt es also – anders, als mitunter behauptet – gut begründete Alternativen zur Sichtweise von Hilfswerken wie Brot für alle und Fastenopfer.



LIBERALES INSTITUT

## Impressum

Liberales Institut  
Rennweg 42  
8001 Zürich, Schweiz  
Tel.: +41 (0)44 364 16 66  
Fax: +41 (0)44 364 16 69  
libinst@libinst.ch

Alle Publikationen des Liberalen Instituts finden Sie auf  
[www.libinst.ch](http://www.libinst.ch).

## Disclaimer

Das Liberale Institut vertritt keine Institutspositionen. Alle Veröffentlichungen und Verlautbarungen des Instituts sind Beiträge zu Aufklärung und Diskussion. Sie spiegeln die Meinungen der Autoren wider und entsprechen nicht notwendigerweise den Auffassungen des Stiftungsrates, des Akademischen Beirates oder der Institutsleitung.

Die Publikation darf mit Quellenangabe zitiert werden.  
Copyright 2019, Liberales Institut.

---

<sup>10</sup> Franz Furger: Mut zur Strukturanpassung bei uns – Hilfe für die Entwicklungsländer, Wissenschaftliche Arbeitsgruppe für weltkirchliche Aufgaben der Deutschen Bischofskonferenz: Bonn 1995.